

Dr. Frank Jost

Städtische Vielfalt als Chance – über Kommunikation zur Kohäsion

Bericht vom vhw-Verbandstag am 13. November 2014 in Berlin

Der vhw-Verbandstag 2014 war kein gewöhnlicher Verbandstag – dies drückte sich schon durch die Wahl des Veranstaltungsortes „AXICA-Kongresszentrum“ am Pariser Platz in Berlin – unmittelbar am Brandenburger Tor – aus. Dr. Peter Kurz, Verbandsratsvorsitzender des vhw, unterstrich zum Ende seiner Begrüßungsrede, dass dies der letzte Verbandstag in Verantwortung des Vorstands Peter Rohland sei und bedankte sich für 25 Jahre hervorragender Arbeit bei der strategischen Ausrichtung und Neuaufstellung des Verbands. Er bezog sich dabei insbesondere auf die zwei zentralen Säulen des vhw als großer Fortbildungsbetrieb für alle Themen der Stadtentwicklung sowie als Forschungs- und Beratungsinstitution für kommunale Politik und Verwaltung. Die Mitgliederversammlung des vhw wählte unmittelbar vor dem Kongress Prof. Dr. Jürgen Aring zum Nachfolger von Peter Rohland als Vorstand zum 1. Januar 2015.



Abb. 1: Sag's mit Blumen! Peter Rohland, Vorstand des vhw bis Ende 2014, und Dr. Peter Kurz, Verbandsratsvorsitzender des vhw

„Entscheidend ist auf'm Platz!“

Das Thema des diesjährigen vhw-Verbandstages „Städtische Vielfalt als Chance – über Kommunikation zur Kohäsion“ – moderiert von **Elke Frauns** – beschreibe ziemlich genau, worum es aktuell geht, nämlich um die Leitfrage „Wie können alle (Gruppen der Bürgergesellschaft) an der Stadtentwicklung beteiligt werden?“, so **Dr. Peter Kurz** in seinem Redebeitrag. Es stelle sich zunehmend heraus, dass die Vielfalt der Stadtgesellschaft – ihre unterschiedlichen Kulturen, Religionen, Sprachen, Ansichten, Milieus und Arten der Kommunikation – vor diesem Hintergrund nicht Hemmschuh, sondern vielmehr ein wichtiges Potenzial für ein gesellschaftliches Miteinander sei. „Kommunikation“ erweise sich hier gleichsam als Schlüssel zu mehr Engagement, zu mehr Inklusion und dadurch auch zu mehr Beteiligung und Beteiligungsgerechtigkeit – damit nicht

immer nur die „üblichen Verdächtigen“ oder die „Berufsbetroffenen“ zu Wort kommen.

„*Grau is alle Theorie – entscheidend is auf'm Platz*“, dieser Ausspruch von Fußballtrainer Adi Hölzl fasse zusammen, so Dr. Kurz, was den Ansatz des vhw und die Ausrichtung seiner Verbandspolitik ausmacht. Denn das Städtenetzwerk ist ja bekanntlich eben wegen des Praxisbezuges vor vier Jahren gegründet worden und hatte von Anfang an zum Ziel, den verbandspolitischen Satzungszweck in Kommunen und Wohnungswirtschaft zur Anwendung zu bringen. Vor dem Hintergrund der Überschrift „Über Kommunikation zur Kohäsion“ stehe die Rolle der Medien und der sogenannten „Intermediären“ im Fokus des Kongresses. Diese beiden Gruppen würden in der Folge in ihrer Funktion als „Botschafter“ in Stadtentwicklungsfragen beleuchtet.

Vielfalt als politische Handlungsperspektive ...

... so hieß der Vortrag von **Christine Lüders**, Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, und sie betonte die Schnittmengen zwischen den Zielen ihrer Behörde und der verbandspolitischen Ausrichtung des vhw. Das Thema „Gleichbehandlung“ müsse immer im Fokus stehen. Vielfalt sei politisch wichtig, auch und insbesondere in der Wohnungswirtschaft. Wie kann Vielfalt als politische Handlungsperspektive gelebt und in die Tat umgesetzt werden?, so könnte die zentrale Fragestellung lauten. Mit Hilfe dreier Beispiele erläuterte Lüders ihren Zugang zum Thema Vielfalt und Wohnungsmarkt: über den demografischen Wandel, über die Inklusion von Menschen mit Behinderung sowie über die Einwanderungsfrage.

Vielfalt in der Stadtentwicklung heiße auch, alle zu beteiligen, so Lüders – und dazu bedürfe es Kommunikation, so viel sei sicher: „Bleiben wir also im Dialog!“



Abb. 2: Gestaltung von Stararchitekt Frank O. Gehry: das AXICA-Kongresscenter am Pariser Platz in Berlin

Inklusion als Eckpfeiler einer resilienten Stadtgesellschaft

Prof. em. Dr. Gunnar Folke Schuppert vom WZB Rule of Law Center in Berlin wagte „eine kommunikations- und governancetheoretische Perspektive“ auf die Stadtgesellschaft, indem er die einzelnen Begriffe seines Vortragstitels einzeln erläuterte. Auch den Begriff „diversity“ sezierte er in seiner ihm eigenen unterhaltsamen Art und Weise. Exemplarisch wies er auf die sich wandelnden Kulturen der Kommunikation hin. Diversity steigere sich und differenziere sich weiter aus. Ein Grund dafür sei u.a. auch eine neue Diaspora-Situation, die es den Migrantinnen und Migranten erlaube, etwa durch Billigflieger einfacher den Kontakt „nach Hause“ zu halten. Darüber hinaus sei heute für Migranten die Kommunikation mit ihren Ursprungs- oder Heimatländern durch die medialen Weiterentwicklungen wie Satelliten-TV oder Skype wesentlich kürzer und flexibler als noch vor zehn oder zwanzig Jahren.

Mit Blick auf das vom vhw bearbeitete Themenfeld der Stadtentwicklung und des Wohnens unterstrich er, dass Kommunikationsangebotssozial-selektiv wahrgenommen werden. Trotzdem müsse Inklusionspolitik als Angebotspolitik gestaltet werden und müssen die Kommunikationsangebote für die verschiedenen Milieus so attraktiv wie möglich ausgestaltet werden¹.

Auf dem Weg in eine neue Kommunikationskultur – der Anspruch des Stdtenetzwerks

Peter Rohland, Vorstand des vhw, ließ in seinem Beitrag vier Jahre Städtenetzwerk vor Ort Revue passieren. Rückblickend unterstrich er, dass der Anlass zur Gründung des Stdtenetz-

werkes „Stärkung lokaler Demokratie“ stark mit der vor sechs Jahren erfolgten Neuausrichtung des Verbandes zusammenhänge, denn dieser habe sich „neu erfunden“ und als Folge seiner „Metamorphose“ verpflichtet, seine Aktivitäten in dem von ihm wahrgenommenen Handlungsfeld Stadtentwicklung an dem Leitbild der Zivilgesellschaft auszurichten (§ 3 Absatz 3 der Satzung).

Im Anschluss an Voraussetzungen für eine erfolgreiche interkulturelle Kommunikation wies er auf fünf Gelingensbedingungen hin, die aus den Erfahrungen vierjähriger Stdtenetzwerkarbeit gewonnen wurden:

- Ohne eine bürgerfreundliche Grundeinstellung bei den Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung laufen alle Anstrengungen in Sachen Kommunikation ins Leere.
- Bürgerbeteiligung ist kein Selbstläufer, man muss sie politisch wollen! Sie bedarf des Anstoßes – auch – durch die politische Spitze und sie braucht politisch-administrativen Rückenwind (nicht selten wird sie aber als lästige Pflicht, als Zeitverschwendung und Manahmenverhinderung empfunden).
- Die neue Kommunikations- und Beteiligungskultur muss verankert sein in einer Leitidee, die von der politischen Führung glaubwürdig repräsentiert wird und etwa auch bei den maßgeblichen Kräften der Ratsparteien programmatisch verankert ist.
- Bürgerbeteiligung braucht echte Handlungsspielräume. Sie braucht Transparenz über das Verhandelbare ebenso wie über das Nichtverhandelbare.
- Eine neue Kommunikations- und Beteiligungskultur ist keine politische „Spielwiese“, kein Beschäftigungsprogramm zur Ruhigstellung der Bürger. Sie bietet die Chance, den Souverän ernst zu nehmen und in eine aktive Beratungsrolle zu bringen. Wird für die Bürger Transparenz über die politisch-administrativen Konsequenzen ihres Engagements hergestellt, so unterstreicht dies die Glaubwürdigkeit des Beteiligungsprozesses.



Abb. 3: „Es wird bald keine Printzeitungen mehr geben!“ Ralf Schönball vom „Tagesspiegel“ (2. v.r.) mit Safer Çinar, Vorstandsmitglied Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD), Moderatorin Elke Frauns und Karin Vorhoff vom Deutschen Caritasverband e.V. (v.l.n.r.)

¹ Vgl. Beitrag von Gunnar Folke Schuppert ab Seite 286.

Akteure in der Stadtentwicklung – Wer sind die „Intermediären“?

Anschließend gab **Bernd Hallenberg** vom vhw einen Überblick zum Thema „Intermediäre“ in der Kommunikation – Wer ist hier gemeint? Er fragte in diesem Zusammenhang: Wie kann man sie als Kommunikationsmittler gewinnen und nutzbringend einsetzen? Es handele sich bei den „Intermediären“ um die Gesamtheit all jener, die zwischen Staat und Bürger stehen und die als Mittler tätig sind oder eine mittlerartige faktische Funktion einnehmen. Dabei gebe es unterschiedliche Ansätze und Funktionszuweisungen: Sie können beispielsweise Akteure im Willensbildungsprozess sein. Auch stellen sich unterschiedliche Fragen, etwa: Über welche Politikfeldnähe verfügen sie? Welche Vernetzung haben sie? Welche Reichweite haben sie? Wie immer untermauerte Bernd Hallenberg seine Aussagen in bewährter Form mit umfangreichen Informationen, Statistiken und Diagrammen, die u.a. auch die Differenzierung der Gesellschaft nach sozialen Milieus umfassten.



Abb. 4: Auch vor Ort bei Kotti & Co. aktiv: MdB Cansel Kiziltepe

Intermediäre und Medien: unterschätzte Botschafter in der Stadtentwicklung?

Den Auftakt zur nachmittäglichen Diskussionsrunde bildeten zwei „Zwischenrufe“ von **Prof. Dr. Erol Yildiz** von der Universität Innsbruck und **Prof. Dr. Rainer Geißler** von der Universität Siegen. Anschließend wurde über Potenziale und Grenzen von Intermediären und Medien in der Kommunikation der Bürgergesellschaft gestritten. Dabei wurde u.a. deutlich, dass eine Selbsteinordnung als „Intermediärer“ nicht immer einfach ist. Schon der Begriff sei nicht immer sofort geläufig, so **Cansel Kiziltepe**, Bundestagsabgeordnete der SPD. Bei der Inklusion der „Stummen“ übernahmen die Wohlfahrtsverbände eine zentrale Rolle, um eben allen eine Stimme – insbesondere den in den normalen Prozessen „Unterrepräsentierten“ – zu geben, so **Karin Vorhoff**, Referatsleiterin beim Deutschen Caritasverband e.V.



Abb. 5: „Nach dem Kongress ist vor dem Kongress!“ Reinhart Chr. Bartholomäi, Brigitte Kandzia, Herbert Jaspert, Peter Rohland und Willibald Fussel freuen sich schon auf den nächsten vhw-Verbandstag 2015

Ralf Schönball, Redakteur beim Berliner „Tagesspiegel“ mit dem Spezialgebiet Stadtentwicklung, stand in der Runde für die Funktion der Medien beim Transport von Fragen der Stadtentwicklung. Eine der großartigen Errungenschaften des Internets sei in diesem Zusammenhang die Möglichkeit des „Feedbacks“ durch unmittelbare Kommentare aus der Leserschaft – vom „undifferenzierten Spinner“ bis zum konstruktiv-kritischen Leser. Informationsplattformen nahmen vor diesem Hintergrund eine immer größere Rolle ein, so Schönball. **Dr. Peter Kurz**, Oberbürgermeister der Stadt Mannheim und in dieser Funktion „erster Bürger der Stadt“, stellte den Segen der neuen Kommunikationsplattformen in Frage, weil oft die einzelnen Meinungen eine zu hohe Aufmerksamkeit genießen und zudem darüber wieder eine Sozialauswahl durchgeführt werde.

Safer Çinar, Vorstandsmitglied Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD), machte deutlich, dass gerade die Unterteilung in Dach-, Landes- und Ortsverbände eine klare Einordnung der „Intermediären“ nicht immer einfach mache. In jedem Falle müsse die Basis erreicht werden, ganz konkret etwa über das Thema Wahlbeteiligungen und Bürgerentscheide – etwa zum Tempelhofer Feld in Berlin. Gerade bei der Volksabstimmung zur Bebauung des Tempelhofer Feldes hätten die „Intermediären“ versagt, unterstrich **Cansel Kiziltepe** mit Hinweis auf fehlende Information und Kommunikation der Politik über die intermediären Einrichtungen. Eine rege Diskussion über demokratische Gepflogenheiten, über „Sandkastenspiele“ und die Rolle von Bürgern und Intermediären im Willensbildungsprozess zu Themen von Stadtentwicklung und Wohnen rundete die Veranstaltung ab.

Dr. Frank Jost
Wiss. Referent, vhw e.V., Berlin